

1) Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge sein Wissen und Beteiligung um die langjährige Zulassung und Nicht-Befassung von 27 Mitgliedern, die keinen Beitrag zahlten darlegen und belegen.

Begründung

Erst auf Handeln des „Linken Netzwerkes“ wurde eine Befassung von Beitragszahlungen durch den Bundesschatzmeisters der Partei angewiesen. Eine Maßnahme, die sich erübrigt hätte, wenn der Kreisvorstand seinen Pflichten und ihm gegenüber mehrfach geäußerten Anregungen (Volker Peters!) gefolgt wäre.

Nach Satzung der Partei DIE LINKE, § 3, Abs. 3, wäre der Kreisvorstand verpflichtet gewesen bereits nach 6-monatiger nicht Zahlung von Beiträgen aktiv zu werden, ggf. Beitragsverweigerer auszuschliessen. Dies ist, auch nach dezidierten Anträgen von Mitgliedern, nicht geschehen! Dadurch ist dem Kreisverband ein enormer finanzieller Schaden entstanden und es ergeben sich somit folgende Fragen mit Bitte um rückhaltlose Aufklärung:

- 1) Wie hoch ist der Ausfall an Beiträgen (ab 6. Monat Beitragsrückstand) zzgl. Zinsen seit dem 31.12.2006 in Euro? (Ggf. auch aus WASG und PDS Zeiten)
- 2) Warum wurde nicht nach jeweils 6 Monaten Beitragsrückstand pflichtgemäß gehandelt - sondern gar nicht?
- 3) Haben nicht beitragszahlende Mitglieder Spesen, Aufwandsentschädigungen und/ oder Ähnliches seit dem 31.12.2006 erhalten? Wenn ja:
 - a. Welche Gesamtsumme in der Zeit ab 31.12.2006
 - b. Welche Mitglieder mit welchen Summen?
 - c. Waren die Belege der Spesen- usw. einreichenden Mitglieder einwandfrei belegt und womit (z.B. Beschlüsse einer MV, protokollierter Vorstandsbeschluss usw.)
 - d. Waren unter diesen Empfängern und/ oder Beitragsnichtzahlern Vorstandsmitglieder? Wenn ja – wann und mit wem, der dies gleichzeitig duldete und deckte?
 - e. Wer hat die jeweiligen Auszahlungen, trotz nicht Zahlung von Beiträgen zu verantworten?
- 4) Wurden Maßnahmen, und dann welche, eingeleitet um von den Nicht Zahlern Schadensersatz einzufordern?
- 5) Wenn zu 4) „nein“: Warum nicht?
- 6) Seit wann genau gibt es nicht behandelte Beitragsverweigerungen? Wer wann war im Kreisvorstand und hatte es zu verantworten?
- 7) Kann ausgeschlossen werden, dass die wohlwollende Stimmabgabe bei parteiinternen Wahlen von Nicht-Beitragszahlern für Kandidaten aus den Kreisvorständen der Jahre 2007 bis Heute, die die Nicht-Zahlung mindestens fahrlässig ignorierten, erfolgt ist?
- 8) Sofern Mandatsträger in diesem Zusammenhang verantwortlich betroffen sind:
 - a. Leisten sie Schadensersatz an die Partei DIE LINKE, an den KV Kleve?
 - b. Verlassen sie unverzüglich die Partei?
 - c. Verzichten sie auf ihre Ämter und Mandate, die sie im Namen DIE LINKE unter evtl. dann hier manipulierten Wahlen und Missbrauch von Ämtern „erringen“ konnten?

2) Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge sein Wissen und Beteiligung um aufgetretene Wahlmanipulationen hinsichtlich Nominationsveranstaltungen im Jahr 2009 darlegen und belegen.

Begründung:

Nachdem der geschäftsführende Ex-Vorstand über die Dauer von drei Monaten, trotz eindeutiger Stellungnahmen von der LGS, einem Mitglied die Wahrnehmung seiner Rechte (z.B. Bewerbung für eine Kandidatur) vorenthielt und erst durch Beschluss der LSchK in seinem Ansinnen der „Vorauswahl“ von KandidatInnen gestoppt werden musste, unterstützte dieser den Ausschluss vorerwähnten Mitgliedes auf Ortsebene und liess somit grundgesetzverstoßende Wahlverfahren auf Ortsebene zu bzw. weigerte sich diese rechtmäßig zu wiederholen und reichte bewusst gegen geltendes Recht verstoßende Wahlvorschläge ein, was zu einem Wahlprüfungsverfahren führte.

Im Vorfeld der Nominationsverfahren sind immer wieder aus Kreisen des geschäftsführenden Kreisvorstandes höchst rufschädigende Verunglimpfungen gegenüber vermeintlichen Konkurrenz-KandidatInnen parteiöffentlich und schriftlich, z.B. in Protokollen, getätigt worden – die aber bis heute, trotz Anforderungen, nie auch nur ansatzweise belegt wurden. Diese Rufschädigungen führten zu Rücknahme von Kandidaturen bzw. Nicht-Antritten von KandidatInnen und im Ergebnis zu den Kandidaturen der Urheber, Mitgliedern des Kreisvorstandes. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- 1) Warum wurde, in Logik der Beschlüsse der LSchK 36/2009 und 46/ 2009, das Mitglied J.-U. Hadedank nicht zur Kandidatur zur Wahlversammlung des Rates der Stadt Kleve der Partei DIE LINKE, 05.06.09, zugelassen oder diese Wahlversammlung wiederholt?
- 2) Warum wurde, trotz eindeutiger Rechtslage, die als manipuliert geltende Wahlvorschlagsliste vom Kreisverband DIE LINKE, vertreten durch den geschäftsführenden Vorstand, bei der Stadt Kleve eingereicht?
- 3) Warum wurde das Vorstandsmitglied Cornelia Hanrath parteiöffentlich diskreditiert (Z.B. „kommt nie z u Sitzungen“ oder „ macht einen ganzen OV arbeitsunfähig“ und zu keinem Zeitpunkt die verlangten Belege eingereicht?
- 4) Warum mied der Kreisvorstand jegliches persönliche Gespräch evt. Problematiken mit Conny Hanrath und veröffentlichte stattdessen vage und niederträchtige Behauptungen ohne jede Prüfung?
- 5) Gegen Volker Peters wurden, seit Monaten, die Behauptungen des parteischädigenden Verhaltens, des Datenmissbrauches, der leeren Kasse etc. parteiöffentlich(u.a. auf der Homepage des KV, Rede von Bernd Nellissen am 24.06.09 in Kleve während einer MV, Sitzung am 31.08.09 wieder Bernd Nellissen) getätigt – ohne bis heute einen einzigen Beleg oder ansatzweise begründeten Verdacht vorzulegen! Wieso wurde die Vorlage dieser angeblich „eindeutigen Beweise“ der Behauptungen niemals vorgenommen und wo sind sie?
- 6) Seit Monaten wird auf der HP des KV vom geschäftsführenden Kreisvorstand von einem angeblichen Parteiausschlussverfahren gegen Volker Peters berichtet , auch in der Presse....Warum wird der Antrag und die Beschlussfassung der Landesschiedskommission hierzu nicht bekannt gegeben oder belegbar zur Kenntnis – gerade gegenüber dem Verleumdeten - gebracht?!
- 7) Warum werden Gegendarstellungen der Beschuldigten nie zugelassen?

- 8) Die, gegen Pflicht und Aufgabe verstoßende, mehrfache und andauernde Nicht-Befassung von Nicht-Beitragzahlern durch den letzten und vorletzten Kreisvorstand hat keinen Einfluss auf die Stimmabgabe der Nicht-Beitragzahler eben für die „Hinwegsehenden“ gehabt?

Kleve, den 08.10.2009 Jens-Uwe Habedank

3) Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge sein Wissen und Beteiligung um den Austritt der Gelderner Genossen (7 Leute), die das Mandat für DIE LINKE mitgenommen haben, darlegen und belegen.

Begründung

Der geschäftsführende Vorstand hat Eintritte „vom Tresen weg“ nicht nur zugelassen, sondern auch forciert um „überragende Mehrheiten“ für seine „Politik“ zu haben. Warnungen vor leichtfertigen und unseriösen Handlungsweisen hierzu hat er stets mit dem Begriff „Mitgliedergewinnung“ abgewiesen...

Es wurde der seit ca. 2 Jahren nicht Beitragszahlende Vural Parmak zum Spitzenkandidaten in Geldern aufgebaut. Bereits im Juni 09 wurden die Gelderner OV-Sprecher unter höchst fragwürdigen Umständen regelrecht gestürzt und gaben den ultimativen Hinweis auf größte Schwierigkeiten im OV Geldern. Der Kreisvorstand reagierte nicht, schien es sogar zu begrüßen. Das Mandat für die LINKE in Geldern ist weg, wer hat die Verantwortung?!

Zeitungs- und Polizeiberichten zu Folge ist es in Geldern, unmittelbar um den Austritt o.E. Gruppe, zu einer Razzia in einer Gaststätte auf der Issumer Str. gekommen. Hierbei wurde über Drogenhandel berichtet.

Die entsprechende Anzeige hierzu soll im März/April 09 vom Genossen Norbert Hayduk vorgenommen worden sein als es um Listenplätze zur Kommunalwahl ging. Angezeigt wurde angeblich o.e. Gruppe bzw. Personen daraus, u.a. der Spitzenkandidat Vural Parmak. Stimmt das?

In Geldern sollen Mitglieder mit Migrantenhintergrund, mittlerweile ausgetreten, aus Reihen des Kreisvorstandes mit ausländerfeindlichen Äußerungen angegangen worden sein. Stimmt das?

Kleve, 08.10.2009 Jens-Uwe Habedank

4) Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge sein Handeln bzgl. der Ernennung des Axel Duchac zum Sprecher des Kreisvorstandes KV Kleve darlegen und belegen.

Begründung

Axel Duchac wurde auf der MV des KV Kleve am 16.05.09 zum Schatzmeister und somit zum Sprecher des KV Kleve gewählt.

Die Landesschiedskommission NRW hat am 27.06.09 festgestellt (AZ 46/2009), dass diese Wahl ungültig war und unverzüglich die Wahl zum Kreisschatzmeister – und somit zum Sprecher - neu gewählt werden muss.

Der Kreisvorstand war aufgefordert die Wahl zu wiederholen und hat dies spätestens am 01.07.09 per Briefzustellung erhalten.

Der Kreisvorstand hat diese Neuwahl nie vorgenommen und Axel Duchac bis zuletzt als Sprecher fungieren lassen, trotz Einwände aus Mitgliedskreisen, trotz Beschluss der Landesschiedskommission – immerhin mindestens drei Monate, während der Europawahlen, der Kommunalwahlen und der Bundestagswahl!

Hier liegt m.E. willkürliches Handeln, absichtlicher Verstoss gegen die Satzung und Ignorierung eines LSchK-Beschlusses aus persönlichen Motiven vor. Die Beschlüsse des Kreisvorstandes mit einem Mitglied Axel Duchac sind ungültig!

Kleve, 08.10.2009 Jens-Uwe Habedank

5) Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge darlegen und belegen, warum er Anträge von Mitgliedern „wegwirft“ und sie nicht im Rahmen seiner Aufgaben behandelt und bescheidet.

Begründung

Das Mitglied Jens-Uwe Habedank hatte, neben der umfassenden Entwicklung des Kommunalprogramms selbst, zu dem Kommunalprogramm des KV Kleve am 05.04.09, wiederholt am 13.04.09 Änderungsanträge zum Kommunalprogramm eingereicht – diese blieben völlig unberücksichtigt und wurden unter Verantwortung und offensichtlicher Maßgabe des geschäftsführenden Kreisvorstandes „in die Tonne“ geworfen....

Nachdem die Landesschiedskommission bemüht werden musste und die Antragsannahme dem Kreisvorstand auferlegte, wurden die Anträge erneut am 09.07.09 – 00.42h – gemäß Beschluss der MV am 08.07.09, erneut dem Kreisvorstand zur Befassung vorgelegt. Auch diesmal erfolgte nichts....

Die Erfahrung von mindestens drei Mitgliedern bzgl. Anträge lässt den Schluss zu, dass der Kreisvorstand nur ihm „genehme“ Anträge annimmt oder von nur von ihm ausgewählten Mitgliedern. Ein solches Verhalten ist willkürlich, satzungsbrechend, respektlos und rechtswidrig!

Darüber hinaus werden Teilen der Mitgliedschaft auferlegt ihre Anträge per Einschreiben/Rückschein einzureichen – anderen aber wiederum erlaubt dies per Email zu tun....

Kleve, 08.10.2009

Jens-Uwe Habedank

6) Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge darlegen und belegen, warum er die Homepage des KV Kleve, insbesondere den Mitgliederbereich, für persönliche Zwecke missbraucht.

Begründung

Seit Monaten werden Artikel über u.a. Volker Peters und Jens-Uwe Habedank verfasst, die den Eindruck von laufenden Parteiausschlussverfahren mit sicherem Ende erwecken. Vorwürfe des Datenmissbrauchs, Parteischädigung usw. werden in Hülle und Fülle herunter geschrieben und als „Wahrheit der Partei“ dargestellt – jeden Beleg solcher Vorwürfe ist man bis Heute schuldig geblieben. Die angeblichen Feststellungen wurden bis Heute durch kein Gremium in irgendeiner Form bestätigt.

Es handelt sich um persönliche Kleinkriege gegen kritische Mitglieder des KV und dürfen nicht im Namen der Partei als ultimative Wahrheit – zum Zwecke der Täuschung von Mitgliedern – auf einer Parteseite, bezahlt von Mitgliedsbeiträgen, auftauchen!

Belege für angeblich festgestellte Behauptungen gibt es nicht. Man lässt auch keine Gegendarstellungen zu. Ein Forum o.ä. gibt es nicht. Somit wird die Homepage zum persönlichen Verlautbarungsorgan in propagandistischer Art und Weise von einigen Leuten, die eher etwas heftig zu verbergen haben....Das ist Missbrauch

Kleve, 08.10.2009 Jens-Uwe Habedank

7) Die MV möge beschliessen, das die Zusammensetzung des Vorstandes entweder aus maximal 5 Personen, dann alle gleichberechtigt und gleichverantwortlich, besteht.

Oder aber, Sofern eine weitere Unterteilung in GF-Vorstand und Besitzer gewünscht,

die 1,5 bis 2-fache Anzahl an Besitzern wie GF-Vorstandsmitglieder gewählt werden muss.

Begründung

Die Erfahrung der letzten 9 Monate hat gezeigt, dass eine stets größere Anzahl von Sprechern als Besitzer die Besitzer im Grunde genommen einer verantwortlichen Mitwirkung degradiert. Mit Stimmen der Sprecher wurden stets Funktionen und Aufgaben, oder Entziehung dieser, von den Sprechern willkürlich bestimmt. Das kann nicht kooperative Führungsarbeit sein.

Gerade die BesitzerInnen sollen in ihrer Arbeit eine Art korrigierendes Potential darstellen. Deshalb sind die Verhältnisse z.B. in Landesvorstand, Bundesvorstand und vielen KV's NRW exakt 2:1 – um Argumenten statt Willkür Kraft zu geben....

Aus Kostengründen wäre Variante 1, weil kleiner mit 5 Leuten, zu bevorzugen. Bei GF-Vorständen und Besitzern käme man auf eine Anzahl von mindestens 13 Personen; dass dürfte etwas viel sein....

Kleve, 08.10.2009 Jens-Uwe Habedank

- 8) **Die MV möge beschliessen, dass eine Entlastung des alten Vorstandes, sowie Neuwahlen hierzu auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Es wäre zu beraten ob der KV dann kommissarisch vom alten Vorstand geführt werden soll oder aber vom Landesverband.**

Begründung

Aufgrund der Anträge 0- 7 des Antragstellers müssen Recherchen und Belege erbracht werden, deren Ergebnisse zu wesentlichen Abstimmungsänderungen führen dürften. Die Mitgliedschaft hat ein Recht auf objektive Fakten und Unterlagen zur Beurteilung verschiedener, wesentlicher Sachverhalte Satzung und Grundsätze unserer Partei betreffend. Die bisherigen offensichtlichen Verschweigungs- und Vertuschungsaktionen des Kreisvorstandes ohne einen einzigen Belege seiner angeblichen „Beweise“ sind nicht hinreichend.

Es sind die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft Kleve / Polizeilicher Staatsschutz Krefeld abzuwarten, die auf Anzeigen vom Kreisvorstand (Axel Duchac) gegen den Antragsteller getätigt wurden. Im Rahmen der Ermittlungen dürften ja neutrale und verwertbare Ergebnisse zu erwarten sein, die den Mitgliedern eine wesentliche Entscheidungshilfe zu den vom (Ex-)Kreisvorstand ständig erhobenen Vorwürfen gegen den Antragsteller und Meinungsbildern gibt.

Kleve, 08.10.2009

Jens-Uwe Habedank

- 0 Der (ehemalige) Geschäftsführende Vorstand möge darlegen und belegen, warum er zahlenden Mitgliedern seit Monaten die Aufnahmen in den Kreisverband Kleve verweigert, gleichwohl z.B. dem Mitglied Janina Schoemakers, seit nunmehr über 3,5 Monaten die von ihm angeblichen „Einwände“ weder belegt noch darlegt oder gar behandelt.**

Begründung

Janina Sch. ist am 14.05.09 in die Partei DIE LINKE , KV Kleve, OV Kleve, eingetreten und hat eine entsprechende Bestätigung aus Berlin.

Erst am 08.07.09, also nach fast 8 Wochen, wurde ihr vom Kreisvorstand bei einer MV mitgeteilt sie sei kein Mitglied und dies mit einem angeblichen Einwand von Ende Juni 09 begründet. Dieser wurde nicht vorgelegt oder irgendwie behandelt, auch nicht im Folgenden.

Im September, nach dann 18 Wochen (!) anlässlich einer LSchK-Sitzung, wurde der LSchK ein Schreiben, angebliches Fax, vom angeblichen 2. Juni mit einem Einwand vorgelegt. Von Axel Duchac an die LGS....Die Aushändigung an das Mitglied wurde verweigert. Faxnachweis konnte nicht erbracht werden. Plötzlich „02. Juni...“ statt „Ende Juni“....?

Die LSchK hat festgelegt der Kreisvorstand möge Janina Sch. den angeblichen Einwand unverzüglich zu kommen lassen um weitere Hemmung der Mitgliedschaft zu vermeiden. Trotz mehrfacher Aufforderung ist dies nach drei Wochen noch immer nicht geschehen!

Was sind das für Spielchen?!

Kleve, 08.10.09 Jens-Uwe Habedank